



Die Polizei rät Empfängern von Droh-E-Mails, nicht auf die Forderungen einzugehen, sondern Anzeige zu erstatten.



ARGE-Erpressungs-Mail im Bundeskriminalamt: Petra Huber-Lintner, Harald Gremel.

Druck ausüben mit Sexvideos

Eine Arbeitsgemeinschaft im Bundeskriminalamt ermittelt gegen Kriminelle, die in E-Mails drohen, angeblich diskreditierende Videos über den Empfänger zu verbreiten, wenn dieser nicht Geld an sie überweist.

Meine rekrutierte Person hat eine Bombe in dem Gebäude versteckt ... sie zahlen mir 20.000 \$ in Bitcoin und Sprengstoff wird nicht explodieren ...“; oder „Ich habe dich beim Masturbieren gefilmt“, sind zwei von zahllosen Beispielen für Massenerpressungs-E-Mails, die von den Kriminellen versendet werden, um Geld von ihren Opfern zu erpressen. Neben der Erpressung mit Ransomware – der Forderung von Geld zur Freigabe mit Malware verschlüsselter Daten – werden Menschen auch in E-Mails erpresst, in denen behauptet wird, angeblich diskreditierende Videos über sie zu veröffentlichen oder sie drohen mit einer Bombe, wenn sie nicht einen Betrag in Bitcoins an die Kriminellen überweisen.

Vorgehensweise. Der Verfasser der Erpressungs-E-Mails behauptet etwa, er hätte beobachtet, wie der Empfänger im Internet schlüpfrige Bilder angesehen hätte, wobei er per Spy-Software auf seine Webcam zugegriffen hätte und ihn bei der „Schandtat“ ertappte.

Die E-Mails wurden anfangs in einem holprigen Deutsch oder Englisch verfasst, hatten aber denselben Kern. Um die Forderung glaubhafter zu gestalten, wird sie auch „personalisiert“ gestaltet mit der richtigen Anrede und persönlichen Informationen, wie dem Passwort des E-Mail-Accounts. Diese persönlichen Daten stammen aus dem Darknet, aus geleakten Benutzerkonten.

ARGE Erpressungs-Mail. Die hohen Fallzahlen 2018 und eine Studie, die einen weiteren Anstieg der Fallzahlen prognostizierte, veranlassten das Bundeskriminalamt mit 1. Februar 2019 die Arbeitsgemeinschaft (ARGE) Erpressungs-Mail einzurichten. Die ARGE ist im Bundeskriminalamt im Büro zur Bekämpfung der allgemeinen Kriminalität angesiedelt. Vier Expertinnen und Experten unter der Leitung von Chefinspektor Harald Gremel ermitteln gegen die Personen, die hinter den Massenerpressungen stecken. Doch der Anfang war alles andere als leicht, denn wo setzt man mit den Ermittlungen an?

„Es ist nicht einfach gewesen, den Rat von anderen polizeilichen Sicherheitsbehörden aus dem Ausland haben wir nicht einholen können, denn als wir mit unserer Arbeit gestartet sind, haben die Kolleginnen und Kollegen aus Deutschland nach einem halben Jahr wieder aufgehört“, erinnert sich Gremel. „Soweit wir wissen, gibt es kein weiteres Land, das eine ähnliche Ermittlungsarbeit wie wir leistet. Wir sind sozusagen Vorreiter auf diesem Gebiet.“

Ermittlungen. Zu Beginn fokussierten sich die Ermittler auf die IP-Adresse der Absender der Mails. Nachdem die Täter jedoch verschiedene Verschleierungsmethoden anwenden, um ihre IP-Adresse und somit Identität möglichst geheim zu halten, mussten die Beamten rasch umdenken und folg-

ten schließlich der Spur des Geldes. „Die Ermittlungen gestalten sich oftmals langwierig und schwierig, da die Erpresser-E-Mails nicht von natürlichen Personen, sondern von einer Schadsoftware automatisch erzeugt und durch ein Botnet versendet werden. Dadurch wird der ursprüngliche Absender verschleiert“, sagt Gremel. Die Täter sind technisch versiert und gehen professionell und arbeitsteilig vor. Es sind Strukturen organisierter Kriminalität zu erkennen, da das Versenden der E-Mails nur einen Abschnitt markiert. Sobald das Opfer bezahlt, wird versucht, den Geldfluss zu verschleiern, um Spuren zu verwischen. Die ARGE führte eine einheitliche Vorgehensweise bei der Analyse, Fallbearbeitung und den Ermittlungen ein und übernahm österreichweit alle angezeigten Fälle. Durch die standardisierte Vorgehensweise können Erpressungs-Kampagnen mittels Spam-E-Mails rascher identifiziert und Einzelgänger zusammengeführt werden.

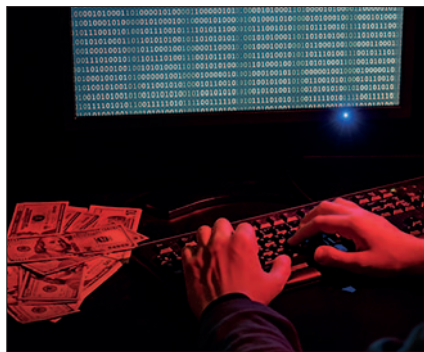
Bombendrohungen. Im Zuge der Analysen der einzelnen Erpressungs-E-Mails konnten bislang mehrere Spam-Kampagnen identifiziert werden. Für Aufsehen sorgte die europaweite Erpressungswelle, bei der in der Nacht vom 24. auf den 25. September 2020 vom Absender „Lumba Attack Squad“ eine Droh-E-Mail an zahlreiche österreichische Firmen verschickt worden war. Darin wurde in englischer Sprache

mit einer versteckten Bombe im Unternehmen gedroht, die explodieren würde, wenn der Betrag von 1,99 Bitcoin (damals rund 20.00 US-Dollar) nicht auf die angegebene Bitcoin-Adresse einbezahlt würde. In Österreich wurden 408 solcher E-Mails festgestellt, die große Auswirkungen auf das öffentliche Leben hatten.

Nach Anzeigen bei der Polizei wurden zahlreiche Gebäude evakuiert, Straßen gesperrt und mit Sprengstoffexperten und -experten sowie Suchhunden nach den vermeintlichen Bomben gesucht. Die Ermittlerinnen und Ermittler des Bundeskriminalamtes begannen sofort mit der Untersuchung dieser Droh-E-Mails und konnten Entwarnung geben. Die Analysen zeigten, dass die E-Mails über einen kanadischen Server verschickt worden waren. Ein indonesischer Staatsangehöriger konnte als Tatverdächtiger ausgeforscht werden. Die weiteren Ermittlungen sind noch im Laufen.

Erpressung mit manipulierten Fotos.

Weit weniger spektakulär, aber mit einer fast ebenso großen Reichweite gelangten Unternehmen in Österreich in das Visier eines Erpressers. Dieser kopierte das Bild des Firmenchefs von der Firmen-Webseite auf eine einschlägige Webseite, die Online-Kindesmissbrauch beinhaltet. Im Anschluss wurden die Firmenchefs mit der Veröffentlichung der manipulierten Bilder erpresst. Die ARGE untersuchte diesen Fall und konnte 376 österreichische Firmen identifizieren, die von dieser Erpressungswelle betroffen waren. In Zusam-



Erpressung per E-Mail: Die Kriminellen beziehen persönliche Daten aus geleakten Benutzerkonten im Darknet.

menarbeit zwischen der ARGE und deutschen Sicherheitsbehörden konnte ein 45-jähriger Deutscher ausgeforscht und festgenommen werden. „Etwa 90 Prozent der weltweit wohl millionenfach verschickten Erpressungs-E-Mails haben das Ziel, mit sexuellen Inhalten Druck auszuüben. Der Rest hat Bombendrohungen oder – seit Beginn der Corona-Pandemie – Drohungen zum Inhalt, den Empfänger oder dessen Familie mit dem Virus zu infizieren“, erklärt Gremel.

Bilanz: Seit Beginn 2019 haben die fünf Ermittlerinnen und Ermittler der ARGE über 5.300 Fälle analysiert. Sie haben Zusammenhänge zwischen den einzelnen Fällen hergestellt und Ermittlungsansätze erarbeitet. Aufgrund des Tat- beziehungsweise Serienzusammenhangs wurden die Fälle in Akte zusammengefasst und in 82 Anzeigen an die Staatsanwaltschaft übermittelt. Zudem konnten sechs Tatverdächtige, unter anderem aus Deutschland, Italien, Portu-

gal und St. Petersburg in Russland ausgeforscht werden. Dass die Täter im Ausland sitzen, erschwert die Ermittlungsarbeit. Bis dato gab es keine Hinweise auf einen Täter aus Österreich. Dies bedeutet für die Ermittlerinnen und Ermittler, dass sie Geduld aufbringen müssen. Viele Länder messen einer Anzeige wegen eines Erpressungs-E-Mails keine allzu hohe Bedeutung bei, weshalb von den Expertinnen und Experten des Bundeskriminalamtes auch manchmal Überzeugungsarbeit geleistet werden muss, damit die Ermittlungen nicht im Sand verlaufen.

Sextortion. Im Unterschied zu Masenerpressungs-E-Mails steht bei Sextortion der Täter in direktem Kontakt mit dem Opfer. Der Erpressung gehen Videochats voraus, in denen die Täter ihre Opfer beispielsweise dazu auffordern, nackt zu posieren. Die Opfer der Unbekannte zeichnet alles auf und erpresst die Opfer mit der Veröffentlichung der Bilder.

Präventionstipps. Die Polizei rät Empfängern solcher Erpressungsmails, nicht auf die Forderungen einzugehen, sondern in der nächsten Polizeidienststelle Anzeige zu erstatten und, wenn möglich, alle zur Verfügung stehenden Beweismittel (E-Mail) nach Möglichkeit in elektronischer Form (USB-Stick) mitzunehmen. Der Vorfall kann auch dem Bundeskriminalamt unter against-cybercrime@bmi.gv.at gemeldet werden. Dies ersetzt jedoch nicht die Anzeigenerstattung bei der Polizei.

Romana Tofan

STUDIE

Angst im Dunkeln

Das Verschwinden von Sarah Everard in London Anfang März 2021 hat eine Diskussion über die Sicherheit von Frauen in Großbritannien ausgelöst. Everard wurde abends am Heimweg nach dem Besuch einer Freundin verschleppt und getötet. Eine Studie belegt, dass sich Frauen in Europa im Vergleich zu Männern ungleich unsicherer fühlen, wenn sie allein den nächtlichen Heimweg antreten.

In Reaktion auf das Verschwinden von Sarah Everard meldeten sich in Großbritannien viele Frauen zu Wort und berichteten von ihren Einschränk-

kungen, Erfahrungen und Ängsten, sich allein in der Nacht in ihrem lokalen Umfeld zu bewegen.

Umfrageergebnisse des *European Social Survey* (www.europeansocialsurvey.org) belegen diese Sorgen: 32 Prozent der befragten Frauen in Großbritannien gaben an, sich unsicher oder sehr unsicher zu fühlen, wenn sie allein in der Nacht den Heimweg antreten. Nur 13 Prozent der befragten Männer teilten diese Angst. Im Vergleich mit den in anderen 29 europäischen Ländern verfügbaren Daten bestätigt sich, dass sich Männer in allen Ländern sicherer fühlen als Frauen. Auch in rela-

tiv sicheren Ländern, wie Dänemark, Finnland und Island bleibt der „Gender-Gap“ bestehen: Im Vergleich zu Frauen, ist es bei Männern fünfmal weniger wahrscheinlich, dass sie Sicherheitsbedenken und Ängste auf ihrem nächtlichen Heimweg haben.

Betrachtet man die Daten im Vergleich mit den Vorjahren zeigt sich jedoch eine positive Gesamtentwicklung: In allen europäischen Ländern wurde eine Verbesserung des Sicherheitsgefühls seit Anfang 2000 festgestellt – für Männer und Frauen. Jeder Befragte fühlte sich sicherer, auch wenn geschlechtsspezifische Unterschiede bestehen bleiben.